

Umweltministerkonferenz

- Umlaufbeschluss -

gemäß Ziffer 7 der Geschäftsordnung der UMK

Nr. 11 / 2012

Gegenstand: Übertragung von Aufgaben im Rohrfernleitungsrecht auf die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS)

Berichterstatter: Brandenburg

Beschluss:

1. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder stimmen der Aufgabenübertragung hinsichtlich der Anerkennung von Prüfstellen im Sinne der Rohrfernleitungsverordnung auf die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) zu.
2. Die Umweltministerkonferenz sieht in der Aufgabenübertragung auf die ZLS die beste Möglichkeit zur Gewährleistung einer kompetenten, effizienten und einheitlichen Durchführung der Anerkennungsverfahren im Rohrfernleitungsrecht. So favorisiert auch die Bundesregierung im einschlägigen Rechtssetzungsverfahren eine Aufgabenübertragung auf die ZLS (vgl. Bundesrats-Drucksache 318/08).
3. Die Umweltministerkonferenz bittet die Arbeits- und Sozialministerkonferenz, einer Ergänzung des Abkommens über die ZLS zur Aufgabenübertragung im Rohrfernleitungsrecht (Anerkennung von Prüfstellen im Sinne der Rohrfernleitungsverordnung) zuzustimmen.